

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1905

166 (20.7.1905)

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger angeliefert, monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition
Kaiserstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postzeitung: Nr. 3144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/2 11 Uhr vormittags.

Inserate: die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pf., Solal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 11 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 166.

Karlsruhe, Donnerstag den 20. Juli 1905.

25. Jahrgang.

Wer ist bei der Landtagswahl wahlberechtigt?

Auf vielseitigen Wunsch geben wir nachstehend die Bestimmungen bekannt, die für die Ausübung des Landtagswahlrechts jetzt maßgebend sind.

Wahlberechtigt sind alle Männer, die in die Wählerliste eingetragen sind und

1. in Baden wohnen;
2. am Wahltag das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben;
3. durch Abstammung Badener sind, oder die badische Staatsangehörigkeit am Wahltag seit mindestens 2 Jahren besitzen, oder die badische Staatsangehörigkeit am Wahltag mindestens 1 Jahr besitzen und dazu das letzte Jahr vor der Wahl in Baden gewohnt haben.

Der Wahltag ist überall in die Zeit einzurechnen.

Die Wahlberechtigung ist nicht an ein bestimmtes Vermögen, Einkommen oder Steuerzahlung gebunden; jeder, der die vorstehenden Bedingungen erfüllt, darf wählen, ohne Rücksicht auf seine Vermögens-, Erwerbs- oder Steuerverhältnisse.

Staat und Kirche in Frankreich.

Die französische Deputiertenkammer hat die Vorlage über die Trennung von Kirche und Staat erledigt und den historischen Gesetzentwurf mit der großen Mehrheit von 208 Stimmen angenommen. Das große Werk, das im Mittelpunkt der republikanischen Politik der letzten Monate gestanden hat, ist nun so gut wie vollendet. Der Senat wird das Gesetz wahrscheinlich noch in diesem Herbst durchberaten und das neue Jahr wird die Verwirklichung der Republik vollzogen finden. Vielleicht wird das Oberhaus an diesem oder jenem Artikel etwas zu korrigieren finden, aber die Deputiertenkammer hat bedauert, daß sie nicht gekommen ist, in dotrinarer Eigenart das Gesetz an einzelnen unliebsamen Detailbestimmungen scheitern zu lassen. Diese Juridikalität und politische Besonnenheit der republikanischen Mehrheit haben den reaktionären Gegnern des Gesetzes das Konzept völlig verdorben. Das Gesetz ist in einem Geist der Verdammnis und religiösen Freiheit gehalten, daß es den Merkmalen unmöglich gemacht ist, die Kirche die Rolle der Märtyrerin spielen zu lassen.

Der Briand'sche Entwurf selbst hat auch den erblichen Gegnern das Zeugnis abgerufen, daß er das Prinzip der Verweltlichung durchzuführen wolle, ohne die konfessionellen Gemeinschaften zu verewaltigen, und leider hat die geringe Disziplin der Rechtsradikalen der Opposition ermöglicht, besonders in der letzten Zeit noch einige nicht unbedeutende Amendements gegen den Willen der Regierung und der Kommission durchzusetzen. Die Anhänger der Trennung haben auch die Schläpfer gejagt hingenommen und um des Ganzen willen in den Einzelheiten Verzicht geleistet, zum großen Mißvergnügen der konservativen Presse.

Der Gesetzentwurf besteht aus 37 Artikeln. Der erste Teil enthält die „Grundzüge“ der Trennung. Die Republik sichert danach die Gewissensfreiheit und gewährleistet die freie Ausübung der Kulte unter den weiterhin im Entwurf aufgeführten Gründen der allgemeinen Staatsangehörigkeit. Die Republik ist verpflichtet, die Kulte zu fördern, soweit es die Unterhaltung der Kulte bezieht, unterdrückt. Der zweite Teil der Vorlage regelt in sieben Artikeln die Frage der Kirchengüter und Pensionen. In letzter Beziehung ist zugunsten von Kultusbauern, die fünfundsiebzig Jahre im Amt waren, eine Ausnahme vom Prinzip des Gesetzes gemacht worden. Die ihnen verbleibende Pension darf jedoch nicht über 1200 Fr. jährlich betragen. Ein dritter Teil behandelt in sechs Artikeln die Frage der Kultusgebäude, die für Staatseigentum erklärt und den Kultusberechtigten mietweise überlassen werden sollen. Der vierte Teil der Vorlage handelt von den Vereinen zur Ausübung des Kultus, die dem allgemeinen Vereinsgesetz von 1901 unterworfen werden mit einigen besonderen Bestimmungen hinsichtlich ihrer kirchlichen Einrichtungen und der Vermögensverwaltung. Auf die sieben Artikel des vierten folgt ein wichtiger fünfter Teil mit elf Artikeln, die die Kirche in politische betreffen. A. a. ist danach verboten, in den Lokalen, die für gewöhnlich der Ausübung des Kultus dienen, politische Versammlungen zu halten. Zeremonien, Prozessionen und andere äußerliche Kundgebungen eines Kultus dürfen

nicht auf öffentlichen Straßen oder Plätzen stattfinden. Scharfe Strafen treffen die eifrigen, die in Ausführung ihres Kultus sich politische Uebergriffe zuschulden kommen lassen. Der letzte — sechste — Teil enthält in vier Artikeln allgemeine Bestimmungen, darunter namentlich auch die formelle Aufhebung des Konkordats.

Am 21. März begannen in der Deputiertenkammer die Beratungen über den Entwurf, dessen Zustandekommen ziemlich ein halbes Hundert Sitzungen beanspruchte. Die Oppositionsmanöver der Rechten und der Nationalisten blieben wirkungslos. Am 8. April wurde mit der Spezialberatung begonnen, wobei noch manche Schwierigkeiten zu überwinden waren. Ein weitgehendes Entgegenkommen gegen die bestehenden kirchlichen Einrichtungen behandelte die Mehrheit in Artikel 4, der lautet: „Innerhalb eines Jahres von der Verwirklichung des gegenwärtigen Gesetzes an werden die beweglichen und unbeweglichen Güter der kirchlichen Gemeinden, der Kirchenfabriken (das ist die alle französische Bezeichnung für Kirchenräte), Presbyterialräte, Konvikorien und anderen öffentlichen Kultusanstalten mit allen auf ihnen haftenden Lasten und Verpflichtungen und mit ihrem besonderen Bestimmungszweck von den gesetzlichen Vertretern dieser Anstalten den Gemeindefrauen übertragen, die sich unter Anpassung an die Regeln der allgemeinen Organisation des Kultus, dessen Ausübung sie zu sichern sich vornehmen, nach den Bestimmungen des Artikels 17 für die Ausübung dieses Kultus in den ehemaligen Bezirken der genannten Anstalten gesetzmäßig gebildet haben werden.“ Der Artikel wurde in dieser Form mit 509 gegen 44 Stimmen, d. h. von einer alle Parteien umfassenden Mehrheit angenommen. Triumphierend rief Jaurès nach Annahme des Artikels 4: „Die Trennung ist vollzogen!“ Die Bestimmungen, die die Kultusberechtigten, wenn sie Kirchenvermögen beanspruchen, außer den Vorschriften des Vereinsgesetzes auch den Regeln der allgemeinen Organisation ihres Kultus entsprechen müssen, ist derart vorläufig, daß man leicht begreift, warum fast die gesamte Rechte dafür eintrat. Die alle katholische Kirche bleibt danach in neuer Rechtsform bestehen, und zwar unabhängig als zuvor.

Der Jubel, der auf kirchlicher Seite über den Beschluß zu Art. 4 losbrach, bewirkte, daß die Kirche nochmals Rat hielt und sich schließlich dahin einigte, in Artikel 6 ein Sicherheitsventil gegen mißbräuchliche Ausübung des Art. 4 zu schaffen. Nach den Kriterien wurde am 21. Mai in Art. 6 für Konfiskationsfälle, in denen mehrere Kultusberechtigten gleichen Güter beanspruchen, folgende, von dem früheren Kultusminister Leygues vorgeschlagene und von der Regierung gutgeheißene Fassung angenommen: „Falls die laut Artikel 4 und § 1 des gegenwärtigen Artikels überwiesenen Güter, sei es logisch, sei es in der Folge, von mehreren für die Ausübung ein und desselben Kultus gebildeten Gemeinschaften in Anspruch genommen werden, kann die von den Vertretern der kirchlichen Anstalt oder durch Regierungserlaß vorgenommene Ueberweisung vor dem Verwaltungsgericht des Staatsrats angefochten werden, der alsdann in Ansehung aller tatsächlichen Umstände entscheiden wird.“

Das Verdienst, die bürgerliche Republik auf den Weg der Freiheit von der Dienstbarkeit gegenüber der Kirche geführt zu haben, dürfen sich die französischen Sozialisten vor allen anderen Parteien aufschreiben. Sie haben in einer un-

ermüßlichen Agitation die Massen über die Notwendigkeit der Reform aufgeklärt; sie haben, als die Annahme der vatikanischen Politik und die Unfähigkeit des Schleiers Delcasse den günstigen Augenblick herbeiführte, das Problem zur Entscheidung zu bringen, mit der größten Energie eingegriffen und die halb unwilligen bürgerlichen Parteien vorwärts getrieben; sie haben endlich den bürgerlichen Parteien die große Lehre gegeben, daß Politik heißt, in einem gegebenen Augenblick alle Kräfte auf einen Punkt zu vereinigen und um des Zieles willen auch — zeitweilig — verzicht zu machen. Heute, da das Ziel erreicht ist, finden sie ihre Kräfte — durch den Kampf gestärkt — wieder frei für andre, nicht minder große Kämpfe. Dem Wert der Befreiung des Staates vor der Kirche muß der Kampf um die vom französischen Proletariat mit Ungeheurer Erwartung sozialen Reformen folgen. Die heutige Konstellation der Parteien wird dabei nicht fortbestehen können. Der Klassenkampf wird die bisherigen Bundesgenossen oft als Gegner einander gegenüberstellen. Es ist eine glückverheißende Tatsache, daß die neuen Aufgaben eine getätigte Organisation des Proletariats, die trotz der Phantastereien disziplinfeindlicher Wirkkräfte und der Erfolgsgierigkeit egoistischer Parlamentarier sich täglich befestigende Einigkeit der französischen Sozialisten vorfinden.

Politische Uebersicht.

Wohin sieht der Kolonialetat?

In der „Deutschen Tageszeitung“ veröffentlicht der Vorsitzende der Gruppe Meinungen der deutschen Kolonialgesellschaft heftige Angriffe gegen die kapitalistische Ausbeutung, die die „Südwestafrikanische Siedlungsgesellschaft“ betreibt. Er wirft der mit Staatsmitteln glänzend unterstützten Gesellschaft vor, daß sie die Besiedelung der Kolonie erschwere, statt sie zu erleichtern und aus dem Verkauf der ihr geschenkten Ländereien ungeheure Gewinne herauszuschleppen. Nach der eigenen Bilanz des Hauptmachers der Gesellschaft, Herrn W. H. E. Effen, habe seine Gesellschaft bei einem Aktienkapital von 163 000 Mk. bis 1903 einen Gewinn von 517 000 Mk. erzielt. Herr Gerstenhauer schreibt:

Wir müssen gegenüber den Sonderinteressen gewisser Unternehmer, die auf Staatskosten Profit suchen, das Staatsinteresse, die Interessen der Gesamtheit vertreten. Das ist eine Forderung, von der die ganze Existenz der deutschen Kolonien abhängt. Denn wenn wir ihr nicht gerecht werden, so werden allmählich die Steuerzahler und ihre Vertreter im Reichstage der unaufhörlichen zwecklosen Ausgaben müde werden, und damit wären die deutschen Kolonien überhaupt verloren. Diese Kolonialmüdigkeit ist jetzt schon da; schon jetzt ist durch die Konzeptionspolitik, durch die Praxis gewisser Gruppen von kolonialen Unternehmern, die es liebt, mit Reichszuschüssen und auf Reichskosten zu operieren, unsere Kolonialpolitik in Mißkredit geraten. Am 20. Oktober 1903 schrieb uns ein hochangesehener Anführer, der bekannte E. Hermann Konrad über die „Kolonialschmarotzer, Konzeptionslaster und Landverwüster“: „So sieht der ganze Kolonialetat in die Zukunft weniger „Wohlfühler“, und die Kolonie bleibt arm und wimmelt von ruinierter Existenz.“

Herr Gerstenhauer ist ein Kolonialutopist. Er weiß nicht, daß die Kolonialpolitik eine Zersplitterung der kapitalistischen Wirtschaft ist, und daß man mit ihr keinen Hund mehr vom Ofen lockt, wenn man mit ihr keine Geschäfte mehr machen kann. Zudem ist Südwestafrika zur Besiedelung durch Europäer total ungeeignet, und wer sich nicht vom kapitalistischen Kolonialschwindel betören läßt,

Das Wahlrecht darf nicht ausüben

1. Wer zur Entrichtung von Staatseinkommensteuer, Grundsteuer, Haussteuer, Gewerbesteuer, Kapitalrentensteuer und Vermögenssteuer, sowie zur Entrichtung von Gemeindefinanzlasten verpflichtet ist, und diese Steuern für das letzte, der Wahl vorhergehende Steuerjahr, trotz Mahnung nicht bezahlt hat. Sind ihm die Steuern der Steuerbehörde gestundet worden, so verliert er sein Wahlrecht nicht. (Wer also sein Wahlrecht nicht einbüßen will, zahle seine Steuern, oder wenn er dazu außer Stande ist, komme er um Stundung ein.)

2. Wer Armenunterstützung bezieht, oder in dem letzten Jahre vor der Wahl bezogen hat; das Wahlrecht geht aber nicht verlohren, wenn Armenunterstützung wegen eines vorübergehenden Unglücksfalles gewährt wurde. Als Armenunterstützung darf nicht angesehen werden die Befreiung von Schulgeld und die unentgeltliche Biefierung von Lehr- und Unterrichtsmitteln an die Kinder der Wahlberechtigten;

3. Wer sich im Konkurs befindet, so lange das Konkursverfahren dauert und

4. Wer unter Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft steht.

Wegen anderer als der hier angegebenen Gründe darf einem sonst Wahlberechtigten die Annahme in die Wählerliste nicht verweigert werden. Für die diesjährige Wahl (1905) sind Ausnahmen festgesetzt und zwar infolgedessen, welche vor dem 1. Januar 1905 sich die badische Staatsangehörigkeit erworben oder ihren Wohnsitz im Großherzogtum Baden genommen haben, auch wahlberechtigt sind.

Vor allem muß darauf geachtet werden, daß nur wählen darf, wer in der Wählerliste steht.

Gewissen! Merkt euch diese Bestimmungen und beachtet sie auf, damit ihr jederzeit Auskunft darüber geben könnt, wer wahlberechtigt ist und wer nicht!

Der Unkenteich.

Manan von Gertrud Franke-Schievelbein.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Und wie Richard so durch den lieblichen Juniabend strömte, leuchtend, daß das Herz ihm bis in den Hals hinauf hämmerte, sprangen allerlei irre, verrückte Gedanken in ihm auf. Vorstellungen, Bilder, Sätze, Bruchstücke von Unterredungen dunt durch den Kopf. Seine Kindheit, die Drosselburg, seine Promotion, Kornelie Urbans Klare, unbewegliches Gesicht — als wäre in seinem Kopf der Denkmechanismus in Unordnung geraten.

Endlich hatte er das Haus erreicht. Und, Gottlob, Doktor Meinhold war zu Hause.

Eine süße Sommernacht. Draußen im Keul über den Feldern wühlte sich ein schimmernder Himmel, besät mit Milliarden von Sternen, in unbeschreiblicher Klarheit. Durch die kleinen Fenster drang die schmeichelnde Luft. Das große Schweigen, das Anspruchs — der Gottesfriede der Nacht, in dem das Jagen, Morden und Verfluchen der Kreaturen untereinander für eine Welle aufsteht — hatte sich über die milde Erde gebreitet.

Nur in der Ferne, kaum vernehmbar und nur ab und zu durch eine Bewegung der klaren Luft herangetragen, ein zartes, flügendes Singen und Summen. Es klang traurig, wie der Seufzschrei verwundener Seelen.

Draußen über den Sumpfen fliegen die silbernen Nebel und führten ihren Geisterreigen. Und in dem Reich, in dem sich alles dumpfe Leben der Natur gereizt hatte, sangen die Ulfen —

Es war schon Morgen. Die ersten blauen Sonnenstrahlen fielen auf den Gipfel der blühenden Sünde. Da war im Keinen Hauch am Keul das Leben wieder gebrochen. Doppeltes Leben. Ein junges, das seine ersten Atemzüge tat, und ein reifes, schon fast vom Tode niedergemähigtes, das sich langsam wieder in der Welt zurückfand.

Eine fürchterliche Nacht für Richard Voltmar.

Der Unkenteich.

Und als der Morgen da war und die fremden Menschen aus dem Hause — die Frau wollte um sieben Uhr wiederkommen, und die Steigenberg hatte mit aller ihr innenwohnenden Energie die ganze Leitung des kleinen Hauswesens in ihre Hände genommen —, da sah Richard an Venens Welt und blickte sie an, als wäre sie eine gefoltete Heilige.

Neben ihnen in seinem Wagen das Kind, ein starker Knabe mit schwarzen Haaren und den Sammetaugen seiner Mutter. Wenn Lene auf ihn blickte, wars ihr immer noch, als träume sie. Das Wunder war so innerlich, ihr armer Kopf konnte es noch nicht fassen.

„Richard“, flüsterte sie, auf einmal seine Hand ergreifend, „Richard — ist dir nicht auch — nach dieser Nacht —, als wären wir — entlehnt?“

Er beugte sich über sie hinab und küßte sie.

„Lene, mochte meine Schuld auch — nach der Meinung der Leute — zum Himmel schreien — die Strafe war hart. Zu hart. Für dich und für mich. Und darum mein ich — dürfen wir uns rein fühlen. Reiner und geläuteter wie vor unserm Elendenfall.“

„Sie nicht.“ „So ist mirs auch. Und nun geht, schlaf noch ein Weilchen. Willst du denn wirklich zur Schule gehen?“

„Ja, gewiß. Niemand darf was merken. Es geht ja auch keinen was an.“

Und rechtzeitig war er auf seinem Posten.

Während der Frühstückspause ging er mit Professor Hofmann, der vielerlei mit ihm zu besprechen hatte, in Volksschulungsangelegenheiten. Und Richard tat sein Möglichstes, auf all die Fragen einzugehen, die ihm heut so gleichgültig waren, als betrafen sie die Bibliotheken der Marxbewohner.

Da fragte Hofmann auf einmal mit einem scharfen Blick in Voltmars überwacht Gesicht: „Sind Sie nicht wohl, Herr Kollege?“

Richard lachte. „Vollkommen, Herr Professor.“

Und der lebenswürdige Mensch, der die allgemeine Meinung teilte, daß Richard Voltmar durch seine Mißheirat litt, wollte ihm eine besondere Aufmerksamkeit erweisen.

„Wie geht es Ihrer Frau Gemahlin?“ fragte er.

Und Richard — das Bild der zwischen Tod und Leben ringenden Lene vor Augen — antwortete mit höchster Verbeugung: „Ausgezeichnet, Herr Professor!“

Ganz sacht und allmählich ging's bergauf mit Lene Voltmar. Eine Zeitlang hatte Doktor Meinhold noch ein bedenkliches Gesicht gemacht. Sie hatte sich zu früh aus dem Bett gewagt. Die Sorge um ihre Mißheirat, in der die Steigenberg mit gutem Willen, aber doch ein bißchen bandalisch hauste — der Wunsch, Richard die gewohnte Behaglichkeit nicht zu lange entbehren zu lassen, hatte sie über ihre Kräfte getäuscht.

Nun mußte sie sich lange schonen. Die Steigenberg wurde unentbehrlich. Und da sie das wollte — wer sollte die kranke Frau denn pflegen? — und überhaupt an Dreifigkeit nicht zu kurz gekommen war, wurde sie für Richard Voltmar allmählich eine Ursache steter, heimlichen Mergers.

Und das schlimmste war: er durfte sich nicht merken lassen, wie ihr lautes, lärmendes Wesen und ihre wichtigthuende Geschäftigkeit ihm auf die Nerven fiel. Er mußte sie höflich behandeln. Sie mußte zu viel. Ihr Wohlwollen war ihnen notwendig.

Richard Voltmar fürchtete manchmal mit den Jahren, wenn er daran dachte, daß ihre ganze Zukunft wie an einem Saar an einem zufälligen Worte hing.

Als es mit Lene besser stand, war die Sorge wieder in den Vordergrund getreten. Ein solches Ereignis zog seine Kreise. Fast ein Wunder wärs, wenn nicht durchsichtiger bis in die für ihn möglichen Gesellschaftsklassen.

Zum Glück war Doktor Meinhold ein junger Mann, dessen Praxis sich einstellte noch auf die Dorfstadt beschränkte. (Fortsetzung folgt.)

Der Wilschaffschlag.*)

Viel kritisiert wird heutzutag, Die Welt wird täglich schlimmer Und 's allgemeine Publikum Wird leider immer dümmmer.

Und dennoch sei das Vieh so rar, So kost man alle Tage, Auch gar zu trocken sei das Jahr, Deshalb die ewige Klage.

Nach spricht man von der Wassernot, Bald von der großen Steiner, Dann plötzlich schreit die Milch noch auf, Ist das nicht ungeheuer?

Es hat der Doktor Hufeland Die Milch einst sehr gepriesen, Er meinte, daß man möglichst viel Diefelose soll genießen.

Sie sei von allgerühmtem Wert Für jedes Menschen Magen, Was aber würde Hufeland Wohl heute dazu sagen?

Er müßte sagen: Gut ist Milch, Doch ist es zu empfehlen, Daß arme Leut' mit wenig Geld Sich etwas anderes wählen.

Ein Biter Bier ist auch nicht schlecht, Das hab' ich schon erfahren, Da kann man bei der teueren Milch Zwei Pfennig noch ersparen.

Drum trinkt man Bier, das ist Ersatz, Der Nährwert nicht viel minder, Es trinken Milch nur fürderhin Die allerärmsten Kinder.

Der Kaffee bleibe fern vom Tisch, Dafür ist man jetzt Suppe, Ob man die Milch im Magen hat, Das ist gewiß doch schuppe.

* Ein Freund unseres Blattes hat die Erhöhung der Milchpreise in Karlsruhe poetisch gewertet; entsprechen die Verse nicht den poetischen Anforderungen in jedem Falle, dann mögen die Leser den guten Willen für die Tat nehmen.

Karl Meinh. Emil August Reich, Maler R. Leopold, Maler, 13. Schillerstr. 13. Philipp Frey, Maler, 13. Schillerstr. 13. Otto Blum, Maler, 13. Schillerstr. 13. Gertrud, Maler, 13. Schillerstr. 13. Agathe, Maler, 13. Schillerstr. 13. Wilhelm, Maler, 13. Schillerstr. 13. Anna, Maler, 13. Schillerstr. 13. Wilhelm, Maler, 13. Schillerstr. 13.

wird immer lieber nach Amerika als nach dem Lande der Herero gehen. Herr Gerstenhauer gerät in einen logischen Fehlschluss, wenn er die Kolonialpolitik bekämpft, indem er den kolonialen Kapitalismus bekämpft, der erfahrungsgemäß und naturgemäß die brutalste und korrupteste Form der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt sein muß.

Badische Politik.

Das „Schmerzkind“ unserer Staatsbureaucratie.

Die badischen Staatsbahnen weisen im Juni eine erfreuliche Mehrerinnahme gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres auf. Sie ergaben aus dem Personenverkehr 2 887 770 M., aus dem Güterverkehr 3 914 220 M. und aus sonstigen Quellen 596 940 M., zusammen also 7 398 930 M., wovon 567 011 M. mehr als im Juni 1904, wovon 483 007 M. auf den Personenverkehr und 79 008 auf den Güterverkehr entfallen.

Die Einnahmen aus dem Personenverkehr sind also ganz erheblich stärker gewachsen, als die aus dem Güterverkehr, was in der Hauptsache wohl auf das „unrentable“ Kilometernetz zurückzuführen ist, dessen Kilometerzahl angeblich nicht einmal die Selbstkosten der Bahn decken soll. — Die Gesamteinnahme in den ersten sechs Monaten belief sich auf 89 869 170 M., oder 24 021 M. pro 1 Kilometer Betriebslänge, mithin 1 294 486 M. in mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. So entwickelt sich in Baden der Personenverkehr und dies trotz der schädlichen Konkurrenz des „benachbarten“ Junktarautes. Unsere Bahnen den ostelbischen Junktarautes auszuliefern, wäre eine nie wieder gut zu machende Dummheit. Dem Reich wollen wir die Verwaltung der Bahnen anvertrauen, niemals aber den staatsreaktionären oft- und wechselliebenden Kripenreitern.

Landtagswahlbewegung.

Im 9. Landtagswahlbezirk St. Blasien-Waldshut haben die Nationalliberalen den Altbürgermeister und Landwirt Meyer in Gröben aufgestellt. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1903 erhielten die Nationalliberalen 1765, das Zentrum 2948 und 343 die Sozialdemokratie.

Deutsches Reich.

Zur Reichstagswahl in Offen.

Der Wahltermin ist auf Dienstag, den 19. September, festgelegt. Es wird ein heftiger Kampf. Der Sozialdemokratische Wahlslogan lautet: „Die Arbeiter wählen den Mann, der die Arbeiter wählen will.“

Der gute Ton in der ultramontanen Presse. Der hieritale Volksrecht in Straßburg i. E. leitet unter der Überschrift „Die große Mission“ über die Annahme des Gesetzes betr. Trennung von Kirche und Staat in Frankreich. In dem Artikel werden die Deputierten, die für das Gesetz gestimmt haben, „Verbrecher“, „Totengräber“, „Stallknechte der Freimaurerei“, „Einde“ und dergleichen genannt und es wird ihnen vorgeworfen, daß sie „vor der Freimaurerei auf dem Baude liegen“, daß „die Loge ihnen ihre Tugend als Fleisch geschlagen“ habe, daß sie aus der Kirche einen „Schuhpulver“ machen wollen und dergleichen. Unmittelbar hinter diesem Artikel folgt ein anderer, der die Ueberschrift trägt: „Zur Erinnerung an die Ueberschrift“. Darin wird für die Stellungnahme dieser Kanon aufgestellt: „Schimpf, Lüge, Verleumdung, Verunglimpfung der Personen soll jedem fern sein, der im öffentlichen Leben steht. Keine Zeitung, kein Redner soll und darf auf die Gegner mit unritterlichen Waffen eindringen.“

Ausland.

Belgien.

ac. Das Volk gegen den Militarismus. Die belgische Regierung geht mit dem Plane um, den Hofen von Antwerpen bedeutend zu vergrößern, damit er den Ansprüchen des Handels und des Verkehrs besser entspreche. Mit diesem Projekt aber, das im Interesse der Industrie des Landes liegt und dessen Ausführung auch bei den Sozialisten auf keinerlei Widerstand stößt, hat die Regierung einen anderen Plan befohlen, der dahin geht, Antwerpen in eine große Flotte umzuwandeln. Hierfür fordert sie von der Kammer einen Kredit von 108 Millionen Franc, fernerlich wird die Ausführung aber das Doppelte, vielleicht das Dreifache dieser Summe kosten. Das Ministerium weigert sich, die beiden Gesetzentwürfe zu trennen, weil sie befürchtet, daß in diesem Falle wohl der Kredit für Erweiterung des Handels-

Drum auf! Seid einig überall,
Laßt euren Mut nicht sinken,
Der Freiheit liebt und Recht erkämpft,
Dass keine Witz mehr trinten.

Und sollt es sein, dass dann die Milch
Nicht billiger wird auf Erden,
So kann uns doch ein süßer Frost
Nicht ganz genommen werden.

Wir warten ruhig, ruhig ab
Dort wo die Sterne blinken,
Dort zieht die schöne Milchstrahl hin,
Dort gibt's noch Milch zu trinten.

Dort sind die Preise fest und stet,
Die Milch vielleicht noch feiner,
Auch sicher ist in jener Fern
Der Schwindel ziemlich kleiner.

Drum schaut zur Milchstrahl oft hinauf,
Wenn nachts die Sterne prunken,
Dort trinken wir dann erfrischten Milch,
Doch jetzt wird Bier getrunken.

K. E. L.

Litteratur.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist heben das 42. Heft des 23. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor:

Die Furcht vor dem Sozialismus. — Die Folgen des japanischen Sieges und die Sozialdemokratie. Von A. Kautsky. (Fortsetzung). — Die gegenwärtigen russischen Verhältnisse. Von S. Davidov. — Bürgerliche Ideologien. Von Otto Gutsch. — Die christliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Von Gustav Bode. — Panar. a. M. (Schluß). — Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz. Von Dr. J. Herz (Gerns). — Der Augen der Reichsversammlungen. Von Heinrich Cunow. — Notizen: Die internationale Organisation der Angestellten. Von Max Josephson-Hamburg.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Verlagsanstalten und Postämter zum Preise von M. 3.25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige. Probestummern stehen jedermann zur Verfügung.

hovens, nicht aber der für Festungsarbeiten beauftragt wurde. An den Erweiterungsbauten im Antwerpen Hafen sind große Bevölkerungszentren interessiert und darauf baut die Regierung. Der Generalrat und die Fraktion der belgischen Arbeiterpartei erklärt nun an die Bevölkerung ein Manifest, in welchem diese aufgefordert wird, nun selbständig einzugreifen und der Regierung ihren Willen zum Ausdruck zu bringen. In dem Manifest heißt es u. a.: „Witbürger! Belgien ist neutral und unabhängig. Seit dreiviertel Jahrhundert hat unser Land, dank der Verträge, die zwischen den Großmächten abgeschlossen sind und durch welche unsere Neutralität garantiert ist, in vollkündigstem Frieden leben können. Aber an hoher Stelle träumt man davon, eine große Armee zu besitzen und unheimliche Festungen aufzubauen, weniger gegen die äußeren Feinde als gegen die inneren. Kröhen hat man seit 1890 in unruhiger Weise einige Milliarden für Verweigerung ausgeben. Die Kriegskosten unseres Landes hat man, indem man die Dienstzeit für die Soldaten von 8 auf 13 Jahre erhöhte, auf 40 000 gebracht. Die Ausgaben für das Meer betragen heute schon ca. 100 Millionen Francs, das ist genau so viel, als alle anderen Ministerien zusammen erhalten. Das Manifest schließt mit der Aufforderung an die Volksgenossen, überall zu protestieren und gegen die unproduktiven Ausgaben für Kriegszwecke zu demonstrieren, der Regierung jeden Mann und jeden Groschen zu verweigern.“

Italien.

Die Organisation einer katholischen Partei dürfte demnächst in Italien perfekt werden. Der Papst Pius X. hat bekanntlich in seiner kürzlich veröffentlichten Enzyklika den Katholiken Italiens unter gewissen Voraussetzungen gestattet, sich an dem öffentlichen politischen Leben zu beteiligen. Wie es heißt, begnügt sich der Papst aber damit nicht, sondern es sollen in der letzten Zeit im Vatikan Verhandlungen, so u. a. mit dem Präsidenten der katholischen Jugend Italiens und anderen Persönlichkeiten über die Zusammenfassung der gläubigen Katholiken in eine politische Partei stattgefunden haben. Wenn die Katholiken auch schon bislang entgegen den päpstlichen Geboten sich an den Wahlen und an der Politik überhaupt beteiligt haben, so doch nicht als eine organisierte Partei. In Zukunft wird man also in Italien mit einem neuen, der Reaktion dienenden politischen Parteigebilde zu rechnen haben, ähnlich dem unferes deutschen Zentrums.

Aus der Partei.

Die durch den Parteivorstand ausgesprochenen Sammlungen für die Wahlen verurteilten den Schatzmeister, nämlich in der Angelegenheit der Revolution im freundschaftlichen Sinne mit allen Nachdruck entgegen zu sein. „Ist denn“, so lächelt beispielsweise die Hamburger Nachrichten, die deutsche Staatsgewalt nachfolgend gegen eine so ungeheuerliche Provokation, die sich nicht nur gegen den Fortbestand der legitimen Staatsform in einem uns benachbarten und befreundeten Reiche richtet, sondern auch offen erklärt, daß der Triumph der russischen Revolution die in Deutschland vorbereiten soll? Wir sehen davon ab, daß in solchen Auslassungen einige nette Fälschungen unterlaufen, wie die, daß nach dem erhofften glücklichen Verlauf der russischen Revolution nun in derselben Weise in Deutschland vorgegangen werden solle. Von hohem Interesse aber ist, daß diese Gegereien bei der Zulichtschöpfung nicht ohne Wirkung geblieben sind. Es sind, wie die Braunschweiger Landeszeitung mitteilt, tatsächlich in der Angelegenheit der Wahlen angestellt worden, „ob es möglich ist, die sozialdemokratischen Wähler zu verlocken, welche den Ruf zur Sammlung von Geldern für die russischen Revolutionäre verweigern.“ Jedoch, so teilt das Blatt weiter mit, scheint das Ergebnis dieser Erwägungen ein negatives zu sein, da das Straßburger Anhaltspunkte zu einer Anlage nicht bietet. Auch verpreche man sich nichts von dem Versuch, auf Grund des beschriebenen Landweiches die gesammelten Summen mit Verstoß zu belegen. Die deutsche Regierung, sagt das genannte Blatt weiter, dürfte der russischen Partei für gemacht haben, daß sie kein Mittel besitzt, um solche Sammlungen zu verhindern. Es zeigt sich deutlich, daß an gewissen Stellen große Klugheit besteht, auch jetzt noch dem russischen Freunde nach Königsberger Muster denkbar zu sein. Nur an der unzureichenden juristischen Handhabung der gute Wille der preussisch-deutschen Vorgesetzten!

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Zur Ausperrung der Bauarbeiter in München. Die an der Ausperrung beteiligten Bauarbeiter nahmen zu dem Resultat der vor dem Gewerbeamt abgehaltenen Dr. Premer gepflogenen Einigungsverhandlungen in überaus stark belustigten Vernehmungen Stellung und gaben auf die ihnen zugemuteten Verschlechterungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen eine Antwort, die nicht misszuverstehen ist: sowohl die Maurer als auch die Zimmerleute, die Baubauarbeiter sowie die Klempner und Installateure lehnten einstimmig und ohne Debatte die Einigungsvorschläge ab. Der Kampf wird also härtere Formen annehmen, da der Schlichter-Verband droht, falls die Einigung nicht angenommen werden, weitere Arbeiter ausgeperrt werden. Bis jetzt sind circa 5000 Bauarbeiter ausgeperrt oder durch die Materialsperrung in Mitleidenschaft gezogen. Unter den dem Schlichter-Verband nicht angehörenden Unternehmern ist wegen des von den Schlichtern angewandten Terrorismus eine große Erbitterung. Anfangs hieß es, daß nur den organisierten Arbeitern der besagte Ausschluss vorgelegt werden wird und daß die unorganisierten Arbeiter weiter beschäftigt werden dürfen. Durch die über Münder generell beschlossene Materialsperrung sind aber die Unternehmern nun gezwungen, auch die unorganisierten Arbeiter auf das Pfahler zu werfen. Dagegen steht aber die Tatsache fest, daß in einigen Gewerkschaften gerade jene Unternehmern, die ihre Herren Kollegen mit allen erlaubten und nicht erlaubten Mitteln zur Ausperrung zwingen, mit Material versehen (1) sind und mit einem Stamm Arbeiter weiter arbeiten.

Die Situation ist für die Ausperrten zurzeit günstig wie noch nie. Verschiedene Verbände, darunter mehrere Schulhäuser, müssen bis zum Herbst fit und fertig sein. * Kapitalzentrum. Trotz des gegen sie gerichteten Stadtverordnetenbeschlusses haben die Arbeiter im Baugewerbe in Effen die Ausperrung der organisierten Arbeiter in erheblichem Umfang vorgenommen. Die Arbeiter erwägen die Verhängung der allgemeinen Bautensperre.

Ein Anzahl finanzkräftiger Unternehmer des rheinisch-westfälischen Arbeiterverbandes hat das Baugewerbe hat sich bereit erklärt, Unternehmer, die durch die Ausperrung der Bauarbeiter in Schwierigkeiten geraten sollten, finanziell zu unterstützen. Dieser Schritt erfolgte wegen des bekannnten Vorgehens des Oberbürgermeisters zweigeteilt gegen die Bauunternehmer.

In Gelsenkirchen haben die Annunzierer beschlossen, die Scheitner auszusperrten, wenn sie ihre Kündigung nicht zurückziehen. Das letztere wird natürlich nicht geschehen.

Färberarbeiten in Sachsen. Die Arbeiter der Färberei Vornemann u. Pätz in Meerane, zusammen 700 Mann, haben am Montag die Arbeit niedergelegt, weil ihre Forderungen auf Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit nicht bewilligt wurden. Auch in Glauchau haben die Färbereiarbeiter beschlossen, in den Ausstand zu treten.

Die Färberei-Großfirmen in Gera kündigten den Arbeitern eine Massenausperrung zum Montag an, falls nicht der Färbereist in Meerane und Glauchau bis dahin beendet sei.

Strassenhauerstreik in Basel. Nachdem am Sonntag das Ausschussmitglied der Strassenhauer wegen Entlassung des Vorsitzenden seiner Organisation in Streit

getreten, ist am Dienstag ein allgemeiner Strassenhauerstreik ausgebrochen; die Strassenhauer fordern die Wiedererrichtung des entlassenen Vorsitzenden und die Beilegung des Lohnstreitsystems. Nur einzelne Wagen verkehren. Wegen der Fremdenaison ist die Katastrophe besonders groß.

— Auch die Maurer und Erdbauer streiken. Zugunächst wird die Arbeit eingestellt.

Badische Chronik.

Pforzheim, 17. Juli. Bürgerausschuss. Erstmals traten nach den Wahlen die Stadtväter zu einer Beratung zusammen. Auf der Tagesordnung standen mehr oder weniger unbedeutende Punkte. Der Oberbürgermeister richtete einige Begrüßungsworte an die „Neuen“ und führte auch den kürzlich gewählten dritten Bürgermeister ein, dessen Wahl nunmehr rechtskräftig geworden ist.

Die beiden ersten Vorlagen waren im Handumdrehen erledigt. Eine neue Kommissionsliste für die Abfuhrverwaltung, die bei der raschen Vergrößerung der Stadt notwendig war, wird angefertigt, der Beschäftigtenbericht der städtischen Sparkasse wird verfasst, wie der Sachausdruck laut und debattelos angenommen. Lebhafter wurde es schon bei der dritten Vorlage, welche die Verstellung der Sparrentenübersicht betraf. Der Stadtvorstandsvorstand Gesell ist nach den Wahlen befreit, dem Volkswillen Rechnung zu tragen. Er hat eine ganze Anzahl Extrawünsche, namentlich die oft ventilirte Frage der Fischbänke, die bisher bei der Stadtvorwaltung wie an einem Brett abgeprallt war, fand Gnade vor seinen Augen. Auch von anderer Seite wurden einige Ausstellungen gemacht. Prinzipiell stehen wir auf dem Standpunkt, daß die Leberfische der Stadt nur zu gemeinnützigen Zwecken verwendet werden sollen, wie es auch das Sparkassengesetz verlangt. Deshalb halten wir es auch durchaus nicht für richtig, daß größere Summen für die städtischen Schulen auszuweisen werden. Dadurch werden die Umlagezahler ungebührlich entlastet. Genosse Stodinger sprach sich dagegen aus, daß die Zinnsammler jedes Jahr einen Betrag von 500 M. beizuführen. Gegenüber Wünschen seitens der Vertreter der Arbeiterchaft ist man nicht so nachgiebig; wir haben deshalb auch nicht nötig, dem Zinnsammler, der die organisierte Arbeiterchaft bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit befehligt, die städtischen Gelder zu seinen zwecklosen Einzahlungen zuzugewöhnen. Wie stimmen die getrennt vorgenommener Abstimmung gegen diese Position.

Die Leberfische werden in folgender Weise verteilt:

Für das Gymnasium	5 000,— M.
„ die Oberrealschule	20 000,— „
„ Volksschule	25 000,— „
„ Mädchenschule	9 000,— „
„ Gewerbeschule	9 000,— „
„ Frauenarbeitschule	8 000,— „
„ Kindertraine	4 000,— „
„ des Kindertraineaus Saal	2 000,— „
„ des Verrechnungsbereich	5 000,— „
„ Auskauf der Vorkaufsstelle	6 502,28 „

Die nächsten Vorlagen betreffen die Herstellung von Straßen in Brödingen und Pforzheim. Bei der Beratung werden eine Anzahl kleiner Wünsche laut, welche kein allgemeines Interesse haben. Es wurde beschlossen, wie der Stadtrat beschließt.

Die weitere Vorlage verlangt einen Kredit für Amaliationen. Es handelt sich um Beträge, die als Gehälter für Beamte verwendet werden sollen, welche ausschließlich für Amaliationen verwendet werden sollen. Bei Beratung dieser Vorlage frag Genosse Benz, wie weit die Untersuchungen der Kommission bezüglich des schodhaften Amaliationen gehen. Die Antwort des Vorsitzenden konnte nicht ganz befriedigen. Die Befürchtungen, welche Genosse Benz über die Zulänglichkeit der Amaliationen angesichts der schnellen Bevölkerungszunahme aussprach, wurden leichtig abgetan. Stadtvorstandsvorstand sprach dem Leiter des Tiefbauamtes die Fähigkeit ab, seinem Ressort voll und ganz vorzustehen. Es wurden jetzt immer noch so große Fehler gemacht, wie früher. Er verlangt Klarstellung, wozu eine größere Summe genommen sei, welche auch für solche Zwecke, ohne Genehmigung des Bürgerausschusses, ausgegeben wurde. Zu dem Zweck solle eine Kommission eingesetzt werden. Der Vorstoß haters zeitigte eine lebhaft einflussige Debatte, in der sich die Stadträte und der Vorsitzende für den Ingenieur Herzberger, den Leiter des Tiefbauamtes, ins Zeug legten. Seitens des Vorsitzenden und Stadtrats wurde die gewünschte Untersuchung zugestimmt, worauf die verlangten 35 000 M. genehmigt wurden.

In der letzten Vorlage wird die Schaffung von 18 weiteren Hauptlehrstellen gewünscht, deren Verlegung in der Weise erfolgen soll, daß sie bis zum Jahre 1907 vollständig in den Vorkaufsstellen eingegliedert werden. Der Stadtvorstandsvorstand sprach dem Antrag, daß man der Vorlage die Genehmigung schon deshalb ruhig geben könne, da wohl sicher sei, daß man bei dem Mangel an Lehrern in absehbarer Zeit nicht daran denken dürfe, doch wirklich welche angestellt werden. Die Frage, welche eine rein formelle ist, da es sich nur darum handelt, das geordnete Verhältnis zwischen Unter- und Hauptlehrern herzustellen, wird vom Bürgerausschuss mit der Genehmigung der Vorlage erledigt.

Seibelberg, 16. Juli. Die südwestdeutschen Vegetarier tagten gestern und heute hier. Der Hauptzweck der ganzen Veranstaltung bildete, wie wir dem Berichte der Mannh. Volksz. entnehmen, eine am Samstag Abend in der Harmonieaal einberufene öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Der Vegetarismus als moderne Lebensreform“, wozu drei Redner sprachen. Der Beginn der Redezeit präsentierten sich auf einem Tisch die Kinder der hiesigen Vegetarier, um so zu demonstrieren, daß man ganz auskomme, wenn man vegetarisch lebe. Der erste Redner des Abends, Herr Dr. med. Segauer aus Pforzheim, sprach über die wissenschaftliche Begründung und die gesundheitliche Bedeutung des Vegetarismus. In längerer Ausführungen behandelte er das Thema, um zu beweisen, daß, wie man oft annehme, bei den Vegetariern keine Straußelose sei, sondern daß sie nur etwas erstreben, was Naturgemäß sei. Der zweite Redner, Herr Dr. Seib aus Freiburg, ebenfalls ein Arzt, behandelte in ziemlich eindringlicher Weise die sittliche Idee des Vegetarismus; letzterer stärke den Charakter usw. Der Grundzug: „Du sollst nicht töten“ müsse auch den Vieh gegenüber Geltung haben.

Ueber die volkswirtschaftliche Notwendigkeit des Vegetarismus referierte Herr W. Maackorf aus Karlsruhe. Nach der Meinung dieses Redners ist es unnötig, die Menschheit dauernd mit genügendem Fleisch zu versehen. Von dem Wert des Vegetarismus zeuge u. a. auch der russisch-japanische Krieg, denn dort sehe man, wie der japanische Flottenbesitzer über den russischen Fleischesser und Butirer den Sieg davontrug. In der Diskussion traten Genosse auf. Ein alter hiesiger Stationsvorstand a. D. schilderte in temperamentvoller Weise seine Erfahrungen als Vegetarier. Kürzlich habe er in Berlin einer Kriegereidenschaft beigewohnt, die über 18 Stunden dauerte und er allein sei dabei noch am Leben geblieben, während die anderen, natürlich Fleischesser, schlapp geworden seien.

Wie man sieht, wurde manchmal ziemlich viel aufgetragen. Die Versammlung war namentlich auch von der Damenwelt ziemlich gut besucht. Der heutige Sonntag war meistens geschäftlichen Angelegenheiten gewidmet. Ob hier der Vegetarismus Boden zu gewinnen vermag, muß abgewartet werden. Ein in der Vorrede behandeltes vegetarisches Speisebrot mußte vor einiger Zeit mangels Frequenz seine Pforten wieder schließen. In absehbarer Zeit soll nun ein neues eröffnet werden. Für den Winter sind eine Reihe kleinerer Beiträge geplant.

Durlach, 19. Juli. Der Viehmarkt darf am 26. Juli unter der Bedingung abgeschlossen werden, daß aus besagten Orten Vieh nicht zugetrieben wird und für alles

Handelsvieh Gesundheitszeugnisse, die von einem Tierarzt oder Fleischbeschauer ausgestellt sind, beigebracht werden.

Am 22., 23. und 24. Juli wird hier die 7. Jahresversammlung des Süddeutschen Verbandes für Nationalgeographie stattfinden.

Verhauhen, 17. Juli. Am Donnerstag, den 6. Juli, wurde hier das neuebaute Hofhaus eingeweiht. Es hätte sich nicht der Mühe gelohnt, von diesem Vorhaben Nichts zu nehmen, wenn nicht aus diesem Anlaß Gemeinde- und Kirchgemeinderat, nach dem Durlacher Wochenblatt eine wohlüberdachte Rede gehalten hätte und zwar im Namen des Kirchgemeinderats, des Kirchenauschusses und der Gemeinde.

Nun ist es jedermanns Sache, Reden zu halten oder keine, es wird auch kein Mensch etwas dagegen einzuwenden haben. Wenn aber Herr U. im Namen der Gemeinde zu viel gesagt, die große Mehrheit der hiesigen Bürger von der Hofhausfeierung gar keine Notiz genommen haben, den hiesigen Bürgern wird der Hofhausfeierung nicht in „bleibender Erinnerung“ sein.

Auch haben die Bauarbeiter manchen bitteren Gedanken im Hinterkopf. Die „gute Harmonie“ zwischen Pfarrer und Gemeindegliedern war durch den Hofhausbau fast ins Wasser geraten.

Pforzheim, 20. Juli. Ein Kind verbrannt. Gestern Nachmittag am hiesigen Ort. Das 8 1/2 jährige Tochterchen des Anton Kästel wollte sich mit einem Kleider die Kleider der Kleinen fangen Feuer anfangen, was zu schwere Verwundungen zu, daß das Kind lebenswunde starb. Auf die Begleitumstände dieses Falles kommen wir noch zurück.

S. P. Offenbach, 18. Juli. Am Montag findet eine Sitzung des Bürgerausschusses mit reichhaltiger Tagesordnung statt. Unsere Fraktion nahm gegenwärtig Stellung zu den Vorlagen und wird durch einige Anträge ihre abweichende Stellung zum Ausdruck bringen. Wir erwarten, daß die Parteigenossen des Bürgerausschusses vollständig in der Sitzung erscheinen. Unsere Stadt gäste auf 1. Juli 1905 17 809 Einwohner.

Wiltmann, 19. Juli. In Martinsweiler wurde Hofmeister Braun von einem Pferde berührt und die Brust getroffen, durch der Tod alsbald eintrat. Braum liegt in den 40er Jahren.

Wiltmann, 19. Juli. Die in Wellingen von Witze erkrankene Frau ist die Gattin des Landwirts Höferlin.

Schopfheim, 19. Juli. In dem benachbarten Dorfe Maulburg brach heute Nacht 1 Uhr ein Brand aus, der das von dem Pfarrer Joh. Peter bewohnte Wohnhaus nebst Scheune vollständig in Asche legte. Beim Aufstehen fand man heute morgen 8 Uhr auf der Brandstätte eine Anzahl verfaulte Eier. Man vermutet, daß es die ehemalige Gemeindefrauen Müller ist, der seit heute Nacht bewohnt wird und dem das abgebrannte Haus gehörte. Wahrscheinlich liegt Brandstiftung vor.

Söllingen (Wiesental), 19. Juli. Hier brante gestern Vormittag das Anwesen des Bürgermeisters Sanger infolge Kurzschlusses der elektrischen Leitung nieder.

Vom Bodensee, 19. Juli. Ernteausfichten. In den Amtebezirken Engen, Wehring, Stodach und Pfäfers dürfte die Ernte von Korn, Weizen, Gerste Hofer eine vorzügliche Qualität ergeben. Die Delantien sind im allgemeinen gut geraten. Die Sopsen werden gegenüber dem Vorjahre einen quantitativen etwas geringeren Ertrag liefern. Im Amtebezirk Hebrungen konnten sich die Sommerfrüchte infolge der anhaltenden Trockenheit nicht überall in ungewöhnlicher Weise entwickeln. Im ganzen liegt aber den Landwirten eine gute Ernte bevor.

Konstanz, 19. Juli. Ertränkt. Auf der Fahrt von Unterlinggen nach Mainau sprang der Passagier Heinrich Ball aus Unterlinggen über Bord des Dampfers. Er verunglückte in den Wellen. Ball soll schon längere Zeit geistesgestört gewesen sein.

Mannheim, 19. Juli. Der entbedete Varion. Der auf einem Notariat in Freiburg beschäftigte ledige Schreibfänger Albert Leirich schießt plötzlich, wie der Generalanzeiger schreibt, den Drang in sich, Sänger an Theater zu werden. Die Führung der Stimme bei nach seinem Wunsch aus. Glendts legte er die Feder nieder und fuhr mit 30 M. in der Tasche direkt nach Mannheim, um sich hier zunächst als Chorführer nach Mannheim zu bewerben. Die Angelegenheit wurde wegen Leirichs angeblicher Unfähigkeit als Chorführer nicht in Erwägung gezogen. Er hatte sich indes schon in der fernen Ansicht auf ein Engagement in Logis genommen, auch ein Notariat ausgetreten und stand nun vor dem Schöffengericht wegen Betrugs. Nur bei der Logisfrage konnte ihm ein solcher nachgewiesen werden, denn zu ihr hatte er bestimmt gekauert, er komme aus Theater. Sie wurde am 29. Juli, der Hofgebot am 28. Juli, geschädigt. Das Urteil lautete auf 40 M. Geldstrafe, welche durch die Unterzahlungschaft vollstreckt ist.

Aus dem Reiche.

Weslar, 18. Juli. Typhusepidemie. Der in dem Dörfchen Erd seit Monaten herrschenden Typhusepidemie sind wieder zwei junge Mädchen zum Opfer gefallen.

Offen, 19. Juli. Der Grubenbrand auf Worsfild. Die Grube in den einzelnen Bergarbeiterorganen gegen die Jugendverwaltung der Borussia wird immer scharfer. Neuerdings wird behauptet, daß die Zahl der Toten mehr als 40 betrage und daß von 800 Bergarbeitern 640 ihre Papiere erhalten, trotzdem vorher angekündigt worden war, daß die Arbeiter nicht entlassen werden. Die Versicherungen, daß die Jugendverwaltung an dem Unglück keine Schuld trage, weisen die Organe scharfer energisch zurück und fordern auf diesbezügliche Befragungen sofort eine klare Antwort. Letzte letztere nicht erfolgend, so würde sie vor Gericht erzwungen werden.

Erkathen. In benachbarten Leidenort wurde der Bergmann Barth von dem Bergmann Stoff nach langem Wortwechsel erstickt. Der Wider sowie zwei Mithandlung sind verhaftet.

Dauener, 18. Juli. Ueber eine ungläubliche Trivialisität berichtet der Daz-Courier aus Halle. Mehrere junge Damen aus Berlin wollten in den zwischen Reinickd und Steddenberg gelegenen Walden. Eine der Damen ruhte in einer Gängekammer. Da kamen zwei junge Leute in Jagetracht, deren einer auf die junge Dame in der Gängekammer mit seiner Waffe zielte und schoß, bevor die Dame ein Zeichen geben konnte. Die Schütze hatte auf den Anruf der Mutter: „mein Kind gestorbt“, nur die dumme Entschuldigungen: „Ich habe geklagt, auf eine Widwage zu schießen.“ Aufgefordert, seinen Namen zu nennen, eile er davon, wobei aber von hinführenden Arbeitern des hiesigen Freizeitsport von dem Wälsche-Streichfänger besetzt. Die schwerverletzte junge Dame wurde nach ihrer Wohnung in Reinickd gebracht, wo es den Wundärzten des Krates gelang, acht Nerven aus den Wundstellen im Gesicht und in der Brust zu entfernen, während ein über dem rechten Auge 1 1/2 Zentimeter tief sitzende Kugel ohne Lebensgefahr bis jetzt noch nicht entfernt werden konnte. Von dem Schuß wurde außerdem eine andere junge Dame leicht an der Hüfte verletzt.

Berlin, 18. Juli. Mordverurteilung eines Ehegatten. Aus Egeritz hat in der vergangenen Nacht der 19jährige Schiffsjunge Postdammer auf einem bei Ertner veranfertigten Kofferdienst beschäftigt ist, einen Mordverurteilung. Die ihm angetroffen seiner Jugend bereits eine Anzahl von Verbrechen untreu geworden war um ihre Gattin einen Kofferdienst, der auf einem anderen Dampfer angestellt sein sollte, den er verlassen hatte. Der Egeritzer stellte bewegen sich aus, um drei Jahre in Haft zu verbüßen. Die Gattin kam zwischen beiden zu einer Schlägerei, bei der die Gattin umherlag. Er rief sich hoch und plüßlich los, ließ nach seiner Kabine, holte von dort einen geladenen Revolver

holter und
Fährten,
einem an
Keller in
und wurd
jüngelich
Infolge
Andreas
ausführ
Brennstoff
Isort tot.
Eiertr
totger
geborene
Eckh
Die
war sehr
aus dem
Sogelnde
Gemein
Weile, in
denen fol
dass sie an
und Grif
es auf sich
das sie n
S. a. r. e. n.
Mit großen
Wohnen (p
aus dem
Beifall, in
der Arbeit
und das ein
Kampf unter
gezeigt.
Wiltmann
neue Volks
unter Brau
dass unter
energieh
Vorhild ne
S. a. r. e. n.
„Wald“ sei
arbeiten un
Stillen, abe
Verwärts
Das Mi
Randes-Bau
mungen in
Beobachtu
Wärschiffen
entfällt.
Es wäre
Regelung de
lenen zu le
Konverbat
Die Ba
hüllungen d
habe getrac
auf zu e
sich abe
Spielwelt in
hat, Wider,
müssen“ i
A. f. o. l. g.
In der
sich nicht
Dah d
geschmackl
dass wir h
S. a. r. e. n.
Das die
ihre Darstell
E. über d
Spieler da
neue Verfü
Lebigen
die strom
gelles weni
Ein fr
minutier f
dürfen, we
zu deren
Zur selbst
Lebensdau
nicht von
wert und
Instand be
Zustand der
Zustand der
beseitigen,
gar zur Le
selbst feiner
zugelassen
den offen
eigenen fr
hüllenden
quenzen je
Das wid
ih. qu. so.
Aber, die
Kleinere W
Lungen: Mey
von Müch
Während der
stark fand
a. alle sta
geziert. Ein
gelassen, ei
hört ein Sch
verleihen, d
am 4. Juli
Quaplanhof
Kaufmann
werden, in
angekommene
Wiltmann
konstanz
Mit den im
Der Freize
organisation
lungen. In
Erträge mi
Wohnung in
Lebigen
nach die
wissen wes
S. a. r. e. n.
Recht so!

